

16. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen

Wirksamer Jugendschutz im Netz statt Stigmatisierung aller Telemedienanbieter

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

die Vorlage – zur Beschlussfassung - über das Gesetz zum Vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag (14. RfÄStV) zurückzuziehen. Stattdessen sind die Beratungen und Empfehlungen über sinnvollen und wirksamen Jugendschutz abzuwarten, die zur Zeit in der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquetekommission zu Internet und digitaler Gesellschaft erarbeitet werden. Diese Ergebnisse sollen anschließend in einem überarbeiteten Staatsvertrag in die Umsetzung der Überprüfung des am 1. April 2003 in Kraft getretenen Jugendmedienschutz-Staatsvertrage (JMStV) einfließen.

Pop Ratzmann Ströver
und die Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen